A1 Positionierung zum Strandbad Babelsberg

Antragsteller*in: Jana Uffenkamp (KV Potsdam)

Antragstext

1 Wir kritisieren die mangelhafte Orientierung der SPSG und der
2 Verhandlungspartner*innen der LHP an den Bedürfnissen der Bürger*innen unserer
3 Stadt, wie sie sich aus unserer Sicht in der aktuellen Beschlussvorlage
4 widerspiegelt. Grundsätzlich sind eine geklärte Eigentumsituation im Park und
5 eine Umgestaltung des renovierungsbedürftigen Bades begrüßenswert, doch
6 beinhaltet die Beschlussvorlage der Vertragspartner*innen deutliche Kennzeichen
7 dafür, dass die alltäglichen Nutzungsmöglichkeiten des Parkes zukünftig weiter
8 eingeschränkt werden.

9 Der zugrundeliegende „denkmalpflegerische Bindungsplan“, der ausschließlich auf
10 eine originalgetreue historische Wiederherstellung des Parkes abzielt, ist,
11 genau wie die Parkordnung, laut der bis 2008 nicht mal auf Hauptwegen Fahrrad
12 gefahren werden durfte, in dieser Hinsicht äußerst problematisch.

13 Für eine Befriedung des sich zuspitzenden Konfliktes zwischen großen Teilen der
14 Potsdamer Bürger*innen und der Stiftung muss sich diese in ihrer Zielsetzung
15 deutlich hinterfragen - auch Kulturerbestätten wie die Potsdamer Gärten sind in
16 erster Linie für die Menschen da und sollten sich an deren Bedürfnissen
17 orientieren. Eine Schloßstiftung, deren Generalverwalter Dr. Heinz Berg in
18 einer Informationsveranstaltung konstatierte, man hätte "natürlich gerne die
19 Vorkriegssituation im Park zurück", sollte nicht derart ungebremst über die
20 kulturgesellschaftliche Zukunftsentwicklung unserer Stadt entscheiden dürfen.

21 Es müssen in der Stadt auch außerhalb des neuen Strandbades Stellen geschaffen
22 werden, an denen Baden, Liegen und Ballspielen explizit erlaubt ist, denn das in
23 Zukunft flächenmäßig noch kleiner werdende Strandbad hat in den immer heißer
24 werdenden Sommermonaten nicht ansatzweise genug Aufnahmekapazitäten für
25 Badegäste. Auch jungen und ökonomisch schwächeren Menschen muss eine Möglichkeit
26 zum Baden fernab von den sicherlich weiter steigenden Eintrittspreisen im neuen
27 Strandbad geboten werden - zeigt sich die Stiftung hier weiterhin uneinsichtig,
28 werden Protestaktionen und unkontrolliertes wildes Baden überall im Park nicht
29 zu verhindern sein. Auch wir sprechen uns gegen Naturzerstörung durch
30 Vandalismus im Park aus, auch wir wollen, dass intakte Schilfgürtel geschützt
31 werden; eine weitere Zuspitzung der Situation ist dafür jedoch wenig hilfreich.
32 Wir fordern deshalb die gezielte Ausweisung erlaubter Badestellen in
33 ausreichender Kapazität um Denkmalschutz, Ökologie und das städtische Leben in
34 Einklang zu bringen, statt gegeneinander auszuspielen. Stiftung und Stadt müssen
35 Druck vom Ventil nehmen, müssen endlich gemeinsam mit den Bürger*innen an der
36 Lebenswirklichkeit orientierte Kompromisse finden, um eine weitere Polarisierung
37 des Konfliktes und Aktionen zivilen Ungehorsams zu verhindern. Restriktive
38 Ordnungsmaßnahmen gegen Wildbaden lehnen wir ab.

39 Wir fordern die SVV auf, die aktuelle Beschlussvorlage abzulehnen, solange sie
40 nicht in Richtung einer größtmöglichen Nutzungsfreundlichkeit angepasst wird.
41 Die Mitglieder der Fraktion von Bündnis 90 / Die Grünen mögen sich in Haupt- und
42 Fachausschüssen klar und geschlossen gegen die Vereinbarung der Verhinderung des
43 wilden Badens positionieren, wie es schon Abgeordnete der Fraktionen "die LINKE"
44 und "die Andere" tun.

45 Außerdem soll § 6 dahingehend verändert werden, als dass auch im Falle einer
46 Aufgabe des Strandbades durch die Stadt die Flächen im städtischen Besitz bleiben
47 und ein Bürger*innendialog darüber entstehen kann, wie diese zukünftig genutzt
48 werden sollen. Das Bestehen des Projektes "La Datscha" soll unabhängig von
49 möglichen Widersprüchen in Bezug auf denkmalpflegerische Kriterien, die die
50 Stiftung zukünftig bemängeln könnte, garantiert werden.

51 Für zukünftige mögliche städtebauliche Konflikte wünschen wir uns, dass
52 frühzeitig der Dialog mit den Bürger*innen gesucht wird, statt bilateral
53 Kompromisse mit der SPSG auszuhandeln und Betroffene bei
54 Informationsveranstaltungen vor vollendete Tatsachen zu stellen.

55 Die Stiftung preußische Schlösser und Gärten darf nicht länger gegen die
56 Interessen der Bürger*innen Potsdams agieren. Grundlage der weiteren
57 Zusammenarbeit zwischen SPSG und Landeshauptstadt Potsdam muss daher eine
58 Neupriorisierung der Ziele der SPSG sein. Die Rekonstruktion der historischen
59 Parklandschaft darf nicht auf Kosten der städtischen Lebensqualität gehen und
60 sollte dem Erhalt und der Pflege der bestehenden Parklandschaft untergeordnet
61 sein. In diesem Zusammenhang fordern wir von der SPSG, vordergründig in die
62 Sicherung des Pflanzen- und Baumbestandes zu investieren, statt die
63 Wiederherstellung historischer Wegebeziehungen zu priorisieren, um die Qualität
64 des Parkes als Ort der Erholung und des sozialen Lebens zu steigern.

Begründung

Ist der Position zu entnehmen bzw. erfolgt mündlich in der MV am 11.03.